



Die Debatte: 17 Thesen

zu disputieren am 17.10.2017
im Hospitalhof in Stuttgart



1.

Bei unserem Besuch der Weltausstellung fiel uns auf, dass die "Marke Luther" zur Aufwertung von Produkten verwendet wird, um den Umsatz zu steigern. Dabei war es gerade Martin Luther, der sich gegen den Ablass aussprach und statt der Vermarktung der Angst der Menschen den befreienden Inhalt der Bibel ins Zentrum setzte. Wir fordern darum, dass die Kirche statt der Vermarktung Luthers seine Entdeckung der Rechtfertigung allein aus Glauben heute erfahrbar macht, nicht durch materielle Dinge, sondern durch persönliche Begegnung und die Erfahrung, dass unsere Leistung nicht unseren Wert bestimmt.

2.

Unsere Umwelt betrifft alle Menschen. Es wird immer deutlicher, dass das System der industriellen Landwirtschaft viele Verlierer hervorbringt. Gerade aus christlicher Sicht ist die Bewahrung der Schöpfung eine zentrale Aufgabe. Deshalb erwarten wir von unserer Kirche, dass sie Kirchengemeinden und kirchliche Einrichtungen dabei unterstützt, Vorzeigemodell für nachhaltiges Wirtschaften zu sein und so Menschen dazu animiert, Verantwortung für die Zukunft der Erde zu übernehmen.

3.

Aufgrund von Fachkräftemangel an sozialen Arbeitsplätzen unter kirchlicher Trägerschaft kommt es zu einer schlechteren individuellen Versorgung in den Einrichtungen (z. B. in Kindergärten) und zu einer Überbelastung des Fachpersonals. Die evangelische Kirche hat die Aufgabe, christliche Nächstenliebe für jeden Einzelnen erfahrbar zu machen, und sie hat als Arbeitgeber die Fürsorgepflicht gegenüber ihren Beschäftigten. Die Konfession darf kein Hinderungsgrund für eine Einstellung sein.

4.

Personen in sozialen Berufen, wie z. B. Erzieher/innen oder Pfleger/innen, werden trotz immenser Arbeitsbelastung auch von der Kirche schlecht bezahlt und mit befristeten Verträgen eingestellt. Im Geist der Gerechtigkeit Jesu fordern wir von der Kirche eine bessere Bezahlung als die der öffentlichen Arbeitgeber und unbefristete Verträge.

5.

Das Durchschnittsalter der Mitglieder in Kirchengemeinderäten steigt stetig weiter an. Eine christliche Gemeinde ist aber durch Vielfalt ausgezeichnet (1. Kor 12). Deshalb fordern wir eine Quote mit 16- bis 25-Jährigen in Kirchengemeinderäten, die die Positionen junger Menschen glaubhaft vertreten können.

6.

Manche von uns sind in Pfarrhäusern aufgewachsen und manche überlegen sich, Theologie zu studieren.

6.1.

Wir bemerken, dass der Pfarrberuf besonders belastend sein kann, weil Pfarrer/innen emotional belastende Aufgaben, hohen Arbeitsdruck und Erwartungen von außen jonglieren müssen. Dabei kommt das Privatleben oft zu kurz. Für unsere eigene Zukunft im Pfarrberuf wünschen wir uns einen klareren Rahmen, um das Privatleben besser abzugrenzen und Unterstützung, um in Krisen Begleitung zu finden.

6.2.

Die relativ strenge Regelung des Beziehungslebens im Pfarrhaus lässt uns unseren Berufswunsch hinterfragen. Für Luther war es wichtig, außer der theologischen Ausbildung keinen Unterschied zwischen Pfarrer/innen und Gemeindegliedern zu machen. Ebenso wie Luther legen wir auch den Schwerpunkt auf die Glaubwürdigkeit eines Menschen und nicht auf das Ausleben seiner Beziehungsform. Darum fordern wir von der Kirche einen offeneren Umgang mit der Wertschätzung für unterschiedliche Beziehungsmodelle.

7.

Die Kirche hat in der jüngsten Vergangenheit immer wieder vernachlässigt, der Gewalt gegen z.B. Schutzbefohlene entgegen zu wirken und hat zudem versucht, Gewalt, die im Raum der Kirche geschah, zu verbergen.

Jesus hat sich durch sein Wirken bemüht, Schwächere zu stärken und niemanden auszugrenzen.

Wir erwarten von unserer Kirche, dass sie die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau voran treibt, Kinderrechte stärkt und sich gegen Gewalt in zwischenmenschlichen Beziehungen einsetzt, innerhalb der Kirche und darüber hinaus.

8.

Im Gegensatz zu anderen Landeskirchen verweigert die württembergische gleichgeschlechtlichen Paaren den Segen. Da der Mensch direkt im Anfang den göttlichen Segen erhalten hat (Gen 1,28) und in der Folge diesen als Stellvertreter Gottes weitergibt, steht es uns nicht zu, Einzelnen den göttlichen Segen auf Grund ihrer Lebensform zu verweigern. Wir fordern von unserer Landeskirche, dass sie ihr Vorgehen überdenkt und niemandem auf Grund seiner Lebensform den Segen verweigert.

9.

Ebenso fordern wir, dass die württembergische Landeskirche Segnungen für gleichgeschlechtliche Paare erlaubt und auch gleichgeschlechtlichen Pfarrpaaren das Leben im Pfarrhaus ermöglicht.

10.

Uns ist aufgefallen, dass es unter Christen Angst vor und Vorurteile gegen andere Religionen gibt. Für uns stellt die Goldene Regel (Mt 7,12) das verbindende Element zwischen unterschiedlichen Religionen dar. Darum fordern wir von der Kirche zum einen, dass sie Raum für interreligiösen Austausch und interreligiöse Gottesdienste schafft und zum anderen, dass sie in der Welt prophetisch wirkt, um ein friedliches Zusammenleben der Religionen voran zu treiben.

11.

In vielen Kindertagesstätten sind muslimische Kinder anzutreffen. Bislang dürfen – trotz Fachkräftemangels – geeignete muslimische Erziehende nicht eingestellt werden. Die evangelische Kirche in ihrer protestantischen Offenheit und Freiheit sollte verstärkt bereit sein, religiöse Vielfalt anzunehmen und zu fördern, sowie evangelische Traditionen und Werte auch muslimischen Kindern, Frauen und Männern zu vermitteln. Deshalb soll es möglich sein, Personen muslimischen Glaubens einzustellen, sofern das Kita-Team dies wünscht und die Bewerber/innen bereit sind, die evangelische Prägung zu unterstützen.

12.

Interreligiöse Trauungen werden immer häufiger. Wenn es der Wunsch eines Paares ist, in einer evangelischen Kirche innerhalb eines evangelischen Gottesdienstes Gottes Segen zugesprochen zu bekommen, soll dies möglich sein, denn Gottes Segen ist nicht teilbar.

13

Erst vor kurzem wurde uns bei der Bundestagswahl die Anziehungskraft populistischer Parteien vor Augen geführt.

13.1.

Oft missbrauchen Populisten die Unwissenheit von Menschen, um sie für ihre Positionen einzunehmen. Wir erwarten von unserer Kirche, dass sie für Millionen von Menschen als Vorbild auftritt und klar Stellung bezieht angesichts menschenverachtender Aussagen.

13.2.

Populisten finden besonderen Anklang bei Menschen, die sich abgehängt und ausgeschlossen fühlen. Wir fordern von unserer Kirche, dass sie ihrem humanistischen Bildungsauftrag gerecht wird, indem sie diesen Menschen neue Perspektiven aufzeigt und sich so aktiv für eine vorurteilsfreie Gesellschaft einsetzt.

14.

Es herrscht immer mehr soziale Ungerechtigkeit in Deutschland. Gerade Menschen mit niedrigem Einkommen sind mit der Regierung unzufrieden, weshalb sich viele Menschen aus Protest populistischen Bewegungen zuwenden. Die Kirche ist eng mit dem Staat verbunden und selbst ein bedeutender Arbeitgeber. Gerechtigkeit ist ein zentraler christlicher Wert. Die Kirche soll soziale Ungerechtigkeit bekämpfen, indem sie selbst faire Löhne zahlt und Einfluss auf die Politik nimmt.

15.

Durch Nöte und Ängste werden Menschen anfällig, populistischen, oft leeren und nicht nachhaltigen Versprechen zu folgen. Nächstenliebe und Fürsorge sind im christlichen Glauben stark verwurzelt und sollten daher auch nach außen praktiziert werden. Die Kirche sollte Hilfestellungen für Einzelne in Not leisten und Möglichkeiten zum Engagement für Arbeitslose bieten. Dadurch wirkt die Kirche präventiv und unterstützt Menschen darin, weniger anfällig für Populismus zu sein.

16.

Zwischen Anhängern und Gegnern populistischer Bewegungen kommt kein sachlicher Dialog zustande. Es kommt zur Feindbildentwicklung und zur Entstehung von Vorurteilen. Gerade Befürworter der AfD fühlen sich unverstanden.

Jesus agierte quer zu allen Vorurteilen und setzte sich mit Zugehörigen aller Interessengebiete auseinander, auch wenn diese entgegen der Moralvorstellung handelten. Nur so konnte er Konflikte zwischen beiden Seiten lösen.

Die Kirche muss als an allen Orten vorhandene Institution Räume zur Verständigung und Diskussion schaffen. An solchen Veranstaltungen müssen auch Anhänger anderer und nichtchristlicher Wertevorstellungen teilnehmen dürfen.

17.

Viele Menschen fühlen sich durch Zuwanderung bedroht, z.B. da sie keine kulturelle Vielfalt gewohnt sind.

Was Menschen fremd ist, macht von Natur aus Angst. So können Vorurteile und Konflikte entstehen.

Die Kirche sollte vermitteln, dass Vielfalt eine Bereicherung, keine Bedrohung ist. Sie sollte Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen (bezogen auf z.B. Herkunft, Konfession, soziale Schicht, Altersgruppe) zusammenbringen, um glaubhaft zu vermitteln, dass alle Menschen Gottes Ebenbilder sind.



Maulbronn,
den 4. Oktober 2017,
für die Seminaristen
der Promotionen
2014/2018, 2015/2019,
2016/2020, 2017/2021

